

Interkommunale Kooperation

Kommunaler Klimaschutz mit Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz

Autor Christoph Zeis

Der Klimawandel hat begonnen. Spätestens nach dem Temperatur- und Sonnenschein-Rekordjahr 2018 in Verbindung mit Trockenheit, Starkregenereignissen mit Überschwemmungen und orkanartigen Stürmen, die ganze Ortschaften und die Landwirtschaft sowie den Wald verwüsten, wird auch dem Letzten klar, dass Klimaschutz eine zentrale Aufgabe ist, der sich die Menschheit global und mit hoher Priorität annehmen sowie Lösungen finden muss. Die sich verstärkenden Effekte des weltweiten Ausstoßes von Klimagasen etwa mit Blick auf die Polarregionen der Erde

rufen Zukunftsängste hervor und beschreiben eine Entwicklung, die nicht nur in Fachkreisen allgemein akzeptiert, sondern auch der Bevölkerung insgesamt gegenwärtig ist. Junge Menschen, inspiriert durch die Rede der Teenagerin Greta Thunberg im Rahmen der Klimakonferenz im polnischen Kattowitz, gehen zu Tausenden auf die Straße und demonstrieren für den Klimaschutz. Sie machen die Politik für die Zerstörung der Erde verantwortlich, für die es keine Alternative im Sinne eines Planeten „B“ gibt. Sie werfen der politischen Klasse vor, dass sie sie durch Unterlassen notwendiger Maßnahmen ih-

rer Lebensgrundlagen sowie der Zukunft folgender Generationen berauben.

Transformation des Energiesystems

Wesentlich für einen erfolgreichen Klimaschutz ist das Gelingen der Energiewende. Der mit ihr verbundene Transformationsprozess des Energiesystems ist für die Gesellschaft insgesamt schon eine gewaltige Herausforderung und bis zum Jahr 2050 als Generationenaufgabe aufzufassen. Sie fordert eine nahezu vollständige Reduktion der Treibhausgasemissionen bis zu diesem Zeitpunkt. Seit dem völkerrechtlich verbindlichen Klimaschutzabkommen der Vereinten Nationen in Paris am 12. Dezember 2015 und dessen Inkrafttreten am 4. November 2016 sind die Ziele international vorgegeben und müssen national umgesetzt werden, um den globalen Temperaturanstieg auf möglichst 1,5 °C zu begrenzen.

Die Bundesregierung hat beschlossen, die CO₂-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 zu senken und hierzu einen Klimaschutzplan mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen verabschiedet. Insbesondere im Strombereich wird der über das Erneuerbare Energien Gesetz seit 1998 einge-

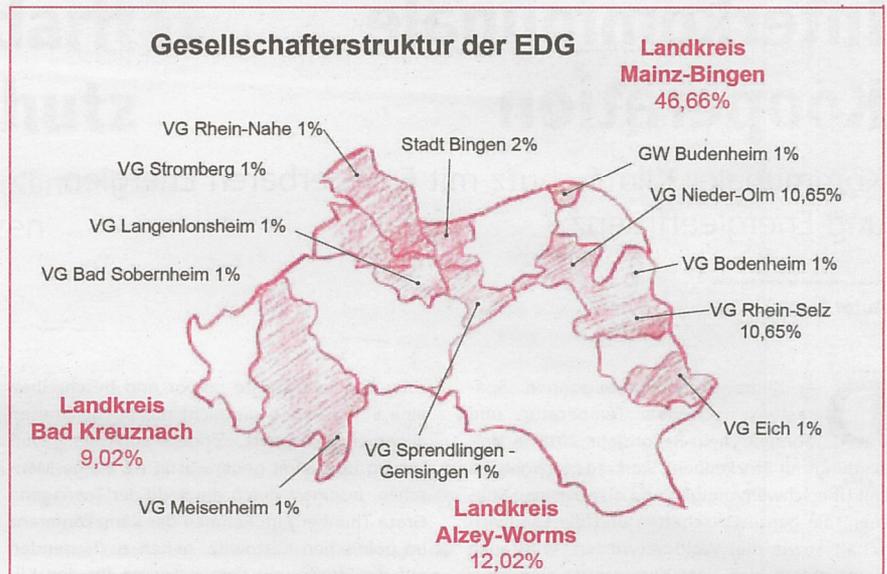
schlagene Weg forciert weitergegangen werden müssen. Dies wird auf der Erzeugungsseite im Wesentlichen durch die brennstoff- und damit kohlenstofffreien Technologien „Windkraft“ und „Photovoltaik“ geschehen, deren Produktion allerdings volatil, witterungs- und jahreszeitabhängig und damit hinsichtlich der Leistungsbereitstellung unzuverlässig ist. Somit bedürfen diese fluktuierenden Erneuerbaren Energien einem Ausgleichssystem, das eine gesicherte Stromversorgung aller Verbrauchssektoren jederzeit gewährleistet und mithin für die Netzstabilität sorgen muss.

Gleichwohl ist die Energiewende deutlich mehr als Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien und der „Strommarkt“. Insbesondere dem Wärmemarkt muss bezüglich der Priorität die Bedeutung beigemessen werden, die ihm sowohl energiebilanziell als auch in seiner Klimarelevanz innewohnt, denn im Wärmebereich liegt der mit Abstand höchste Energiebedarf der Verbrauchssektoren mit bis zu 90 Prozent Anteil im Wohnungssektor.

Interkommunale Zusammenarbeit für Klimaschutz und Energiewende

Vor dem Hintergrund, sich dem globalen Klimaschutz auf regionaler Ebene zu widmen, hat der Landkreis Mainz-Bingen bereits im Jahr 1998 ein kommunales Unternehmen gegründet, das sich seither vorrangig um die Energieversorgung öffentlicher Gebäude unter Einsatz von Effizienztechnologien und mittels Erneuerbarer Energien zur Energieeinsparung und Nachhaltigkeit kümmert, die EnergieDienstleistungsGesellschaft Rheinessen-Nahe mbH (EDG). Die EDG plant, finanziert, baut und betreibt mit Fokus auf den Wärmebereich der Energiewende Blockheizkraftwerke, Bioenergieanlagen, Wärmepumpen, Solaranlagen und Nahwärmenetze unter Einsatz eigener Investitionsmittel außerhalb der öffentlichen Kassen. Die Refinanzierung erfolgt langfristig über Energieeinsparungen und Synergieeffekte mittels „Contracting“. Hinsichtlich des Gesellschaftszwecks ist sie vorrangig dem Klimaschutz verpflichtet und arbeitet nicht primär gewinnorientiert.

Im Laufe der Jahre sind auf der Grundlage dieser Unternehmensphilosophie die Nachbarlandkreise Bad Kreuznach und Alzey-Worms ebenso Gesellschafter geworden, wie eine ganze Reihe weiterer Gebietskörperschaften, die in interkommunaler Zusammenarbeit proaktiv Klimaschutz und Energiewende gestalten. Die EDG hat seit ihrer Gründung rund 300 öffentliche und gewerbliche Gebäude sowie Baugebiete und Stadtquartiere mit modernsten Energieversorgungsanlagen ausgestattet und reduziert durch diese die klimaschädlichen CO₂-Emissionen um mehr als 50.000 Tonnen jährlich. Die nebenstehende Landkarte veranschaulicht die interkommunale Gesellschafterstruktur der EDG.



So erreichen wir die Klimaschutzziele

Der Schlüssel zur Erreichung der Klimaschutzziele ist eine weitgehende Dezentralisierung der Energieversorgung im Gebäudebereich, in Wohnquartieren sowie in Städten und Gemeinden insbesondere auch mit Blick auf den ländlichen Raum. Hier sind innovative Wärmenetze ein bedeutender Lösungsansatz, die einzelne Gebäude bis hin zu ganzen Ortschaften miteinander verbinden und so Bioenergievorförder entwickeln, die ihre Wärmeversorgung aus Erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung in Verbindung mit Großwärmespeichern, Wärmepumpen und Power-to-Heat-Technologien erzeugen. Mit Photovoltaikanlagen auf den Dächern und Brennstoffzellen im Keller, die unter Einbindung von Batteriespeichern den Stromeigenbedarf nahezu autark decken, wird auch eine klimafreundliche Elektromobilität überhaupt erst ermöglicht.

Fazit

Die Rahmenbedingungen für eine energieeffiziente und erneuerbare Energieversorgung auf kommunaler Ebene, die ihre Wirkung für den Klimaschutz flächendeckend zu entfalten vermag, haben sich in den vergangenen zehn Jahren zunehmend verschlechtert. Insbesondere die so wichtige Eigenversorgung mit Strom aus dezentralen Photovoltaikanlagen und Blockheizkraftwerken ist mit der Novelle des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) im Jahr 2014 durch Belastung mit der EEG-Umlage deutlich erschwert worden. Gleiches gilt für Biogasanlagen, denen trotz ihrer Fähigkeiten zum Ausgleich der volatilen Wind- und Solarstromerzeugung faktisch die wirtschaftliche Basis entzogen wurde. Die bürokratischen Anforderungen an eine erneuerbare, effiziente und klimaschonende Energieversorgung gerade auf der dezentralen, örtlichen Ebene

haben in einem Maße zugenommen, das gewerbliche und private Investoren abgeschreckt werden, ihre geplanten Maßnahmen einer Umsetzung zuzuführen.

Es ist daher von der Politik zu fordern, dass sie die Hemmnisse der letzten Jahre wieder beseitigt, die sie durch eine Vielzahl von Verschärfungen der Energiegesetze geschaffen hat, wenn sie es mit dem Klimaschutz ernst meint. Darüber hinaus ist eine kluge Energiepolitik gefordert, die Rahmenbedingungen so zu schaffen, dass die selbst gesteckten Klimaschutzziele fristgerecht erreicht werden können. Hierzu ist ein Miteinander aller gesellschaftlichen Gruppen notwendig. Die Bürgerinnen und Bürger, sowie die Kommunen und Gewerbetreibenden sind bereit, in ihren Wohnhäusern, kommunalen Liegenschaften und Betriebsgebäuden den Beitrag für Energiewende und Klimaschutz zu leisten, wenn er planbar, zuverlässig und unbürokratisch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten geleistet werden kann.

Eine hocheffiziente, klimaschonende Energieversorgung auf Basis dezentraler Stoffkreisläufe ist langfristig wirtschaftlich, erneuerbar und unter Einbeziehung örtlicher Wertschöpfungsketten nachhaltig möglich. Sie ist darüber hinaus ein Dauerkonjunkturprogramm für Handwerksunternehmen, das produzierende Gewerbe sowie für Architekten und Ingenieure und nicht zuletzt für die Kommunen selbst mit ihren Stadtwerken, Wohnungsbaugesellschaften und ihrer Forstwirtschaft.



Christoph Zeis
Geschäftsführer EDG mbH

www.edg-mbh.de